

31. August 2005, Neue Zürcher Zeitung

Villepin auf einer Gratwanderung

Aktionsplan für wirtschaftliche Belebung in Frankreich

Der französische Regierungschef de Villepin will mit einem Aktionsplan die schlechte Wirtschaftslage in seinem Land bekämpfen, die durch schwaches Wachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit und stagnierende Kaufkraft charakterisiert wird. Auf Widerstand trifft sein Vorhaben bei den Gewerkschaften, die interne Spannungen zu überwinden und gemeinsame Aktionen zu organisieren versuchen.

Ug. Paris, 30. August

Bei seinem Amtsantritt hatte Premierminister Dominique de Villepin versprochen, rasch zu handeln und die Franzosen wieder zuversichtlich zu machen. Diese selbst gesetzte Frist von hundert Tagen läuft am 8. September ab. Gelungen ist Villepin bisher ohne Zweifel, durch entschiedenes Auftreten deutlich glaubwürdiger zu werden als sein Vorgänger Jean-Pierre Raffarin oder als Staatspräsident Jacques Chirac, dessen Popularität sich weiterhin auf sehr tiefem Niveau bewegt. Umstrittene erste Massnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Einführung von speziellen Arbeitsverträgen mit geringerem Kündigungsschutz, haben den Eindruck gestärkt, dass er Worten auch Taten folgen lässt. Der wahre Test seiner Politik wird aber sein «plan de relance», ein Massnahmenkatalog zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, sein, den er am Donnerstag an seiner monatlichen Pressekonferenz bekannt geben wird.

Zahlreiche Baustellen

Die Dossiers, auch gern Chantiers oder Baustellen genannt, die Villepin beschäftigen, bilden einen politisch brisanten Cocktail, da sie das Potenzial haben, Auslöser für Streiks und soziale Unruhe zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist mit etwas mehr als 10% noch immer sehr hoch und gilt als die Hauptsorge der französischen Bevölkerung. Wachsende Beunruhigung verursacht auch die stagnierende oder sogar sinkende Kaufkraft der privaten Haushalte; nach Ansicht der Gewerkschaften haben beispielsweise Staatsangestellte seit 2000 rund 5% ihrer Kaufkraft verloren. Das Wirtschaftswachstum, das in den drei letzten Quartalen immer schwächer geworden ist, wird die Regierungsprognose voraussichtlich nicht erreichen. Der Staatshaushalt ist weiterhin unter Druck, nicht zuletzt weil die Arbeitslosenversicherung wegen der hohen Arbeitslosigkeit ein rasch wachsendes Defizit aufweist (2005: über 13,5 Mrd. Euro) und weil die Krankenkasse trotz Reformen weiterhin hohe Fehlbeträge verzeichnet. Die Privatisierung von Staatsunternehmen, wie den Autobahnbetriebsgesellschaften, die zu einem Abbau der Staatsschuld beitragen soll, wird von den Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Zunehmend politisch heikel werden auch die steigenden Energiepreise, obschon Villepin versprochen hat, mit ihnen verbundene zusätzliche Staatseinnahmen für Soziales einzusetzen.

Innovationspolitik à la Chirac

Wie die Details von Villepins wirtschaftlichem Wiederbelebungsplan aussehen werden, ist noch weitgehend unbekannt. Allerdings dürfte der Plan auf bereits in Angriff genommenen Massnahmen aufbauen: auf der Erhöhung des Mindestlohnes, der Einführung der flexibleren Arbeitsverträge und dem Plan Borloo zur Verbesserung der Beschäftigung. Staatspräsident Chirac konzentriert sich seinerseits auf die Stärkung der Forschung und die Beschleunigung der industriellen Innovation als Rezepte für einen Aufschwung. Am Dienstag fügte er in Reims, im Beisein von Finanzminister Thierry Breton, Innenminister Nicolas Sarkozy und Erziehungs- und Forschungsminister Gilles de Robien, die Elemente einer auf drei Pfeilern ruhenden Politik der Projekte zusammen, allerdings ohne Neues bekannt zu geben: Die 67 Zentren der Wettbewerbsfähigkeit, das neue Forschungsgesetz und die offiziell in Betrieb genommene Agentur für industrielle Innovation (AII) sollen Frankreich und darüber hinaus Europa zu einem Champion der Hochtechnologie machen. Jean-Louis Beffa, der Präsident des Aufsichtsrats der AII und Chef des Glaskonzerns Saint-Gobain, stellte die ersten vier Projekte vor, die, wohl als Antwort auf Vorwürfe einer national orientierten Innovationspolitik, deutsch-französische Gemeinschaftsarbeiten sind. Weitere zwölf

Projekte sollen bis Ende des Jahres geformt werden.

Widerstand der Gewerkschaften

Heftig gestört werden können Villepins und Chiracs Bemühungen, die Wirtschaft in Gang zu bringen, durch die Gewerkschaften, die gegenwärtig versuchen, eine gemeinsame Widerstandsplattform aufzubauen und ihren Unwillen durch grosse Manifestationen und Streiks kundzutun. Sie lehnen Änderungen des Arbeitsrechtes, die zu flexibleren Beschäftigungsbedingungen führen, energisch ab, weil sie eine unerwünschte Liberalisierung angelsächsischer Art seien, widersetzen sich Privatisierungsplänen und sind der Ansicht, dass die Wirtschaft am besten durch eine flächendeckende Erhöhung der Gehälter angekurbelt werden könne. Manche Beobachter befürchten bereits eine fortschreitende Radikalisierung und soziale Unruhe im Herbst. Die sonst häufig zerstrittenen Gewerkschaften sind sich einig in ihrer Ablehnung der neuen Arbeitsverträge. Eine für Anfang Oktober geplante Manifestation soll 1 Mio. Menschen auf die Strasse bringen. Doch klaffen zwischen der relativ reformwilligen CFDT, die das Thema Arbeitsrecht nicht vollständig tabuisieren will, und der radikaleren CGT, die die von der Regierung angestrebten Reformen als Weg in die flexible Unsicherheit grundsätzlich ablehnen, tiefe politische Kluften.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/08/31/wi/articleD3NKF.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG